



**Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich) (zu TOP 1)

30. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU) (AFKJ), Stefan Kämmerling (SPD) (AKo),
Andrea Asch (GRÜNE) (AFKJ) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss spricht sich für die Absetzung von Tagesordnungspunkt 5 aus, da der betreffende Antrag bereits im federführenden Ausschuss abschließend behandelt wurde.

1 Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kindertagesbetreuung (Gesetz zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/11844

Stellungnahme 16/3875
Ausschussprotokoll wird erwartet

In Verbindung mit:**Kita-Kollaps verhindern – Landesregierung muss endlich handeln**

Antrag
der Fraktion der CDU
und der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11896

Ausschussprotokoll 16/1351

- Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/11844 wird in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten angenommen.

Der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 16/11896 wird bei positivem Votum der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

2 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016) 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

- Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten einstimmig angenommen.

3 Frühförderung in Nordrhein-Westfalen weiter stärken 27

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/10786

APr 16/1313

- Auswertung der Anhörung sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuss einigt sich, den Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

4 Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken 28

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 16/12116

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung.

5 Abschied von der Arbeitsgesellschaft – Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen 29

Antrag
der Fraktion der Piraten
Drucksache 16/11692

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 6 | Bilanz des Modellprojekts „Kein Kind zurücklassen“ | 31 |
| | Bericht der Landesregierung Vorlage16/4037 | |
| 7 | Freiheitsbeschränkende Maßnahmen gegenüber Kindern mit geistiger Behinderung | 37 |
| | Bericht der Landesregierung Vorlage 16/4039 | |
| 8 | Bewilligungsstand Kinder- und Jugendförderplan des Landes | 41 |
| | Bericht der Landesregierung Vorlage16/4032 | |
| 9 | Haftbedingungen von jugendlichen Straftätern in Nordrhein-Westfalen | 42 |
| | Bericht der Landesregierung Vorlage 16/4066 | |
| 10 | BeWAK-Studie 2016 | 47 |
| | Bericht der Landesregierung Vorlage 16/4038 | |
| 11 | Verschiedenes | 50 |

2 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

– Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) führt wie folgt aus: In unserem Bereich, vor allem im Bereich der Familienförderung im Kapitel 07030 kommt es zum einen zu einer Haushaltserhöhung von 5,548 Millionen €. Das betrifft den Bereich der aufsuchenden Familien- und Schwangerschaftsberatung direkt in den Unterkünften. Zum Zweiten betrifft es die Eltern-Kind-Angebote der Familienbildung für Flüchtlingsfamilien und das betrifft die Gruppenangebote der Familien und der Schwangerschaftsberatung.

Es gibt noch einen weiteren Bereich der Familienförderung, nämlich im Kapitel 07040. Dort kommt es zu einer Haushaltserhöhung von 219,5 Millionen €; das betrifft das Mittelvolumen für Integrationsprojekte zugunsten junger Flüchtlinge. Hier haben wir die Regelangebote der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit auch für Flüchtlingskinder und Jugendliche geöffnet; dafür gab es diese Mittelerhöhung. Einen weiteren Aufwuchs von 5 Millionen € haben wir bei den Brückenprojekten. Da waren zunächst 20 Millionen € für das Jahr 2016 vorgesehen. Die sind überzeichnet, weil die Brückenprojekte sehr erfolgreich laufen. Wir erreichen damit im Moment ungefähr 6.000 Kinder. Das ist auch der Grund, warum wir zum Beispiel mit mehr Kitaplätzen im nächsten Jahr rechnen werden, weil wir davon ausgehen, dass die Brückenprojekte so erfolgreich sind, dass diese Kinder dann auch in die Regelkindertagesbetreuung gehen können.

Marcel Hafke (FDP) bittet die Ministerin um Auskunft, wie die 213 Millionen € für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aufgeschlüsselt seien, zumal diese Position in den letzten Jahren natürlicherweise sehr extrem angewachsen sei. Ihn interessiere, wofür das Geld genau ausgegeben werde, und wie viel pro minderjährigem Flüchtling dafür aufgewendet werde, damit man einmal ein Gefühl dafür bekomme, weil es überschlagen jetzt natürlich vom Verständnis viel mehr als bei jedem Erwachsenen sei. Ihn würde also einfach interessieren, wofür das Geld ausgegeben werde, um da auch argumentativ fit zu sein.

Bernhard Tenhumberg (CDU) fragt die Ministerin, ob sie die Position Einnahmen aus Rückflüssen aus dem Bereich KiBiz zuzüglich Haushaltsverpflichtungen näher erläutern könne.

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (89.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (126.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

30.06.2016
sl-jo

Sodann merkt er an, dass in der gestrigen Anhörung von der Landesarbeitsgemeinschaft autonomer Mädchen noch darauf hingewiesen worden sei, dass die Haushaltsbezeichnung „für Flüchtlinge“ im Beratungssystem nicht sehr glücklich sei. Es handele sich um ein Beratungssystem für die Menschen, da müsse man nicht unbedingt die zusätzliche Definition „für Flüchtlinge“ anfügen; hier sei zu überlegen, wie man mit Worten umgehe. Dies sei kein Vorwurf, sondern nur ein Hinweis.

Da es um ein normales Beratungsangebot an alle Menschen gehe, egal, welche Herkunft und welche Hautfarbe sie hätten, sollte man überlegen, wie man mit der Begrifflichkeit in Haushaltsvermerken umgehe. Die Anregung gehe dahin, zu prüfen, ob es eine gewisse Stigmatisierung sein könne, wenn man sage, „für Flüchtlinge“.

Dagmar Hanses (GRÜNE) äußert, sie sei froh über diesen Nachtragshaushalt, weil er an den Stellen, an denen Mehrbedarfe entstünden, nachsteuere. Selbstverständlich seien sämtliche Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen; aber es entstünden nun einmal durch Geflüchtete Mehrbedarfe. Von den landesweiten Trägern sei bekannt, dass beispielsweise in der offenen Jugendarbeit, der verbandlichen Jugendarbeit und in Mädcheninfrastruktur Geflüchtete willkommen seien. Somit entstünden Mehrbedarfe durch Dolmetschertätigkeit, durch andere Ansprache, was man auch so benennen könne müsse. Selbstverständlich stehe es im Endeffekt allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung.

Ministerin Christina Kampmann (MFKJKS) kommt zunächst auf die Rückflüsse zu sprechen, die sich auf Erfahrungen aus früheren Haushaltsjahren bezögen. Im Ministerium sei inzwischen ein ziemlich gutes Reporting und Berichtswesen installiert. Es werde damit gerechnet, dass in diesem Jahr Rückflüsse in Höhe von 30 Millionen € als Einnahmen eingingen.

Sie fährt fort, dass es zu dem, was Herr Hafke gesagt habe, die Vorlage16/4059 aus dem Haushalts- und Finanzausschuss gebe, die die CDU angefordert gehabt habe. In ihr sei alles sehr detailliert aufgelistet, auch heruntergerechnet auf die Bedarfe für die einzelnen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge; auf diese Vorlage gebe es auch schon einen Zugriff.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12117 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten einstimmig angenommen.